

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wöchentlich 16 Mal, Sonntags ausgenommen. Preis 2 Mk. pro Quartal, 6 Mk. pro Halbjahr, 12 Mk. pro Jahr. Einzelnummern 10 Pf. Die Postgebühren sind eingeschlossen. Die Redaktion ist in Wilsdruff, Markt 10. Die Druckerei ist in Wilsdruff, Markt 10. Die Anzeigenpreise sind in der Anzeigenliste veröffentlicht. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckerei nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckerei nicht verantwortlich.



Verantwortlicher Redakteur: Amt Wilsdruff 206. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckerei nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Druckerei nicht verantwortlich.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Meißen und des Bürgermeisters zu Wilsdruff, des Finanzamts Rostitz sowie des Forstrentamts Tharandt.

Bekanntmachungen des Landrates zu Meißen und des Bürgermeisters zu Wilsdruff, des Finanzamts Rostitz sowie des Forstrentamts Tharandt.

Nr. 193 — 98. Jahrgang Drahtanschrift: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Montag, den 21. August 1939

Eröffnung der deutschen Ostmesse

Feierliche Eröffnung durch Reichsminister Darré

In feierlichem Rahmen wurde in Königsberg die 27. Deutsche Ostmesse durch den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, Gauleiter Koch, feierlich eröffnet. Oberbürgermeister Dr. Will begrüßte die Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, der Partei, der Wehrmacht und der Wirtschaft, die Gesandten der Nachbarstaaten Lettland und Litauen, den Präfekten des Danziger Senats, Kreiser, dessen Anwesenheit als ein Zeichen für die unauflösbare Verbundenheit Danzigs mit dem Großdeutschen Reich bezeichnet wurde, und die Vertreter der an der Ostmesse beteiligten ausländischen Staaten. In Vertretung des Reichswirtschaftsministeriums fungierte Staatssekretär Landfried. Landfried betonte, dass die nationalsozialistische Staatsführung von vornherein alles getan habe, um Ostpreußen auf allen Lebensgebieten nach innen und außen zu fördern, damit es seiner Aufgabe, für alle Zukunft ein Volkswert des Deutschen Reichs im Osten zu sein, gewachsen bleibe. Von welcher Bedeutung diese Aufgabe sei, werde uns in diesen Wochen, da Polen in größter Wahrscheinlichkeit und aus abgesehenem Maß heraus Ansprüche auf unrautes deutsches Land erhebe, vor Augen gestellt. Staatssekretär Landfried fuhr fort: „Aber wenn ich hier als Staatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums und damit als Auftrags- und Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums spreche, so möchte ich in dieser Stunde in der Hauptstadt des deutschen Gaues, auf den heute die ganze Welt voll höchster Spannung blickt, im Hinblick auf das Problem Polen nur das eine sagen: Wir haben auch in wirtschaftlicher Hinsicht die Lehren aus dem verlorenen Weltkriege gezogen. Nicht nur in seiner politischen Ausrichtung und Einigkeit und in der Ausdehnung seiner militärischen Machtstellung, auch in wirtschaftlicher Hinsicht steht das deutsche Volk heute anders da als 1914. Heute haben wir den wirtschaftlichen Gesamtsinn, der uns 1914 fehlte. Wir wissen, daß wir militärisch keinen Krieg gewinnen können, wenn wir ihn wirtschaftlich verlieren. Deshalb haben wir uns auch wirtschaftlich wohl gerichtet und vorbereitet, um die volle Lebens- und Kampfkraft der Nation auch wirtschaftlich sofort einsetzen zu können, wenn eine feindliche Welt uns hierzu zwingen sollte.“

Es mag die Ostpreußen mit besonderem Stolz und mit besonderer Betriedigung erfüllen, daß der Führer mit der Leitung dieser wirtschaftlichen Aufgabe einen Sohn ihrer ostpreussischen Heimat, den Reichswirtschaftsminister und Reichslandratspräsidenten Walther Funk, betraut hat.“

Deutschlands außenpolitische Haltung

In seinen weiteren Ausführungen wies der Staatssekretär darauf hin, daß die deutsche Ostmesse, die einen hohen wirtschaftlichen Bedürfnis des gesamten europäischen Ostens entspricht, eine außerordentlich günstige Entwicklung genommen habe. So seien — auf das Mittelreich bedacht — unsere Handelsverträge von 1933 bis 1938 geschlossen: mit Estland um 207 v. H., mit Lettland um 143 v. H., mit Finnland um 111 v. H., mit Schweden um 86 v. H. und mit Litauen um 24 v. H. Möglichkeiten zur Erweiterung natürlicher Beziehungen beständen in reicher Fülle, doch seien sie nur in dem Tempo und Umfang auszufüllen, in dem sich die Verwirklichung der einzelnen Materie überholter Wirtschaftsdogmen hinwegzusehen vermöge.

Der Redner gab dann einen Überblick über unseren Außenhandel und die handelspolitischen Verträge mit anderen Ländern, die fast ausschließlich wirtschaftlicher Natur seien und einzig und allein der Erleichterung der Arbeit und dem beiderseitigen Wohlstand dienen. Auch mit Polen sei vor einem Jahr noch ein neues Handelsabkommen zustande gekommen. Es sei nicht unsere Schuld, wenn diese Abmachungen, die die schwere Aufgabe der polnischen Landwirtschaft wesentlich erleichtern hätten, nicht zur Ausführung kommen konnten. Zugleich wies er auf dieses Abkommen hin, daß Deutschland stets an eine friedliche und vernünftige Lösung der schwebenden deutsch-polnischen Fragen geglaubt habe. Des weiteren verwies Staatssekretär Landfried auf die schweren Gefahren politischer Kredite. Dem neuernannten Direktor für Außenhandelsfragen in Washington, Grady, erwiderte Staatssekretär Landfried, daß das Deutschland Adolf Hitlers nicht gewohnt sei, Fragen der nationalen Sicherheit mit Handelsverträgen zu verquiden. Deutschland in sie auch gar keine Kredite und keinen Anteil an amerikanischer Ausfuhrerlösen, sondern was es verlange, sei ein Warenkauf auf vernünftiger Grundlage.

Nachdrücklich wies der Staatssekretär die Verdächtigungen der deutschen Währung zurück, wobei er hervorhob, daß wir uns bei einer Erhöhung des Notenumlaufes in den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres von 82 auf 9 Milliarden, also um 9,8 Prozent, durchaus im internationalen Rahmen halten. In Polen dagegen sei der Notenumlauf in der gleichen Zeit um nicht weniger als 36 v. H. in die Höhe gegangen.

Appell an den Exportkaufmann

Zum Schluß richtete Staatssekretär Landfried einen Appell an den deutschen Exportkaufmann, im Eifer für die Ausdehnung und Erhaltung des deutschen Außenhandels nicht zu ermüden. Er rief aus:

Ergeben Sie alle Ausfuhrerlöse, so geringfügig sie manchmal auch erscheinen mögen. Jedes Exportgeschäft bringt Deutschland ein Stück vorwärts. Ich denke dabei weniger an die damit verbundene Verbesserung unserer Verorganisationslage als vielmehr daran, daß der deutsche Exportartikel für Deutschland wirkt und in seiner Gediegenheit Zeugnis ablegt von deutscher Art und deutscher Treue. Jede neue Geschäftsverbindung bringt die Angehörigen eines fremden Volkes und des eigenen einander näher und hilft so mit, das Reich von Ver-

wirungen zu zerschneiden, das man über uns zu werfen sucht. Arbeit im Dienste des Außenhandels ist Arbeit am Frieden, seiner Erhaltung und Festigung.

Fassen Sie sich der diesjährigen Deutschen Ostmesse die Weisheit ihres Vorkämpfers, des Ministerpräsidenten Göring, zu Herzen:

„Wäge die Deutsche Ostmesse im gesamten Ozean hinter den gewaltigen Schiffsverkehr anderer 20-Milionen-Völker und seinem unvorstellbaren Willen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit allen friedliebenden Nationen zu fördern und zu vertiefen.“

Elf Staaten vertreten

Oberpräsident Gauleiter Koch stellte in seiner Eröffnungsansprache der in der Welt herrschenden Unruhe und den Mißtrauen die Tatsache der Veranstaltung der Deutschen Ostmesse gegenüber. Sie sei ein klarer Beweis dafür, daß Deutschland den Frieden nicht nur wolle, sondern auch im Frieden seiner Arbeit mit Erfolg nachgehen. 2400 Aussteller seien mit ihrem Angebot deutscher Verarbeitung und Leistung auf der 27. Deutschen Ostmesse vertreten und 11 ausländische Staaten — es sind dies Lettland, Litauen, Estland, Finnland, Schweden, Norwegen, die Sowjetunion, Ungarn, Bulgarien, Dänemark und Japan — hätten trotz der Unruhe in der Welt den Weg nach Königsberg zur Ostmesse, dem größten Zentralmarkt des Ostens, gefunden.

Der Außenhandel Deutschlands mit den Ländern des Ostens sei von 576 Millionen RM. in 1934 auf 874 Millionen Reichsmark in 1938 gestiegen. Schließlich machte der Gauleiter noch einige Ausführungen über die Aufwärtsentwicklung der ostpreussischen Wirtschaft, aus denen sich die innere Kraft und der starke Aufbauwille der Provinz Ostpreußen ergaben. So sei eine gesunde und selbstbewußte Wirtschaft in der Lage, in Frieden und Ruhe eine internationale Messe durchzuführen. Der Gauleiter hob seine von der Veranstaltung mit Beifall und Juchend aufgenommene Ausführungen mit der Ehrung des Führers ab.

Polnischer Terror rast weiter

Berichte gequälter Menschen

Die Zahl der Flüchtlinge, die ein gütiges Geschick dem Terror des polnischen Chauvinismus entziehen ließ, nimmt ständig zu. Die Schilderungen und Berichte, die die von ihrem Heimatboden verjagten Volksdeutschen über die Schreckensherrschaft des polnischen Böfals geben, zeigen den abgrundtiefen Haß und das sinnlose Wüten gegen alles, was deutsch ist. Raubzüge ständiger Plünderer, Männer und Frauen, Greise und Kinder, haben die gleichen traurigen Ergebnisse gehabt. Viele Einzelfälle zeigen von unsäglichem Mord und Mordabsicht.

Nur wenige Volksdeutsche, die in den Flüchtlingslagern Zuflucht und Hilfe fanden und über ihr trauriges Schicksal berichteten, können namentlich genannt werden, da sie Angehörige in Polen zurücklassen mußten, über deren Verbleib sie in langer Sorge sind. Nach schwersten Bedrohungen und Verfolgungen erlitten eine junge Frau mit ihren beiden Töchtern bei Hindenburg über die Grenze, während ihr Mann an der Flucht verhindert wurde. Von ihrem Bruder weiß sie nur, daß er von Ausländern angeklagt wurde und vielleicht tot ist. Von zwei weiteren Brüdern hat sie ebenfalls nichts mehr gehört. Einem jungen Mädchen wurden bei einem Überfall von polnischen Burden zwei Zähne ausgezogen. Von ihren Eltern hat sie nichts mehr gehört, sieht aber das Schlimme. Eine 17-jährige Volksdeutsche aus Friedenthal mußte nach schwersten Bedrohungen durch polnischen Böfals hochschwanger mit ihren zwei Kindern, im Alter von 6 und 3 Jahren, flüchten. Erstickt ist auch der Bericht eines im Flüchtlingslager Friedland aufgenommenen Ehepaars aus Malschlowitz, das sich mit seinen beiden Kindern, 3 und 1 Jahr alt, vor dem polnischen Terror in Sicherheit bringen mußte. Bei einem heimtückischen Überfall wurde der Mann schwer verletzt. Zur gleichen Zeit wurde seine 23-jährige Frau in der Wohnung überfallen, gezwungen und mit Säcken barbarisch verprügelt. Die Wohnungseinrichtung wurde zerschmettert.

Zwangsversteigerungen deutschen Besitzes

Bericht über den Schlag gegen das volksdeutsche Genossenschaftswesen. In ihrem brutalen Vernichtungskampf gegen die Lebensgrundlagen des Deutschen in Polen haben die Behörden zu einem neuen unfairen Schlag gegen das deutsche Genossenschaftswesen angesetzt. Es wurden erneut drei deutsche Volkerei-Genossenschaften, und zwar die Genossenschaft Kruschin (Kreis Stettin), Warzen bei Strasburg, und Heinrichsdorf (Kreis Soldau), angeblich aus „hygienischen“ Gründen, geschlossen.

Ferner ist den deutschen Revisionenverbänden der deutschen Volkerei-Genossenschaften in Polen und Pommern das Revisionserrecht entzogen worden. Diese Maßnahme hat zur Folge, daß den Genossenschaften sehr große Unkosten entstehen, so daß in Kürze die volle Liquidierung des deutschen Genossenschaftswesens in Westpolen eintreten muß. Eine notwendige Folge ist ferner die Verstaatlichung zahlreicher deutscher Angelegenheiten, die bei diesen Verbänden tätig sind.

Auch soll nach Aussagen autorisierter Kreise die Schlie-

Mißglücktes Lügenmanöver

Englische Blätter bringen eine Meldung, nach der der Führer auf dem Oberjäger den italienischen Vorkämpfer Mollato empfangen habe, der eine negative Antwort des Duce, die Salzburger Besprechungen betreffend, überbracht habe. Hierzu wird amtlicherseits erklärt, daß die Meldung freilich erfunden ist und jeder Grundlos sei.

Der Handel Deutschland—Sowjetunion

Wischer Warenkredit von 200 Millionen Reichsmark. Die seit längerer Zeit zwischen Deutschland und der UdSSR über eine Verbrüderung des beiderseitigen Warenverkehrs geführten Verhandlungen wurden am 19. August 1939 erfolgreich abgeschlossen.

Das Ergebnis der Verhandlungen ist ein Handels- und Kreditabkommen, das auf deutscher Seite von dem Vortragenden Legationsrat im Auswärtigen Amt, Dr. R. Schnarre, auf sowjetischer Seite von dem stellvertretenden Leiter der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland, E. Bobarin, unterzeichnet wurde.

Das Abkommen sieht einen Warenkredit von 200 Millionen Reichsmark vor, den Deutschland der UdSSR gewährt und der für den Bezug deutscher Waren zur Verfügung steht. Das Abkommen legt ferner fest, daß die UdSSR innerhalb der nächsten zwei Jahre sowjetische Waren an Deutschland im Werte von 150 Millionen Reichsmark liefert.

Seit Jahren ist die deutsche Handelspolitik bestrebt, unter Ausnutzung der natürlichen Ergänzungsmöglichkeiten der Länder den gegenseitigen Warenaustausch zu erleichtern. Dabei konnten namentlich in Verhandlungen mit den Ost- und Südosteuropäischen Staaten, aber auch mit anderen europäischen und einigen überseeischen Staaten nicht geringe Erfolge erzielt werden. Das heutige Warenkreditabkommen mit der UdSSR gibt darüber hinaus neue Möglichkeiten zur Förderung des Handelsverkehrs.

Grüßtelegogramm des Führers

Der Führer hat an die Deutsche Ostmesse Königsberg folgendes Telegramm gerichtet: Der Deutschen Ostmesse Königsberg, welcher die Aufgabe zuteil wurde, den Warenaustausch zwischen der deutschen Volkswirtschaft und den Nachbarländern des Ostens zu fördern und zu fördern, wünsche ich für ihr Wirken im Dienste friedlicher wissenschaftlicher Zusammenarbeit meinen besten Gruß.

Grauenhafte Mißhandlungen

Deutsche in polnischen Gefängnissen mit eisernen Ketten gefesselt

In den oberbercheischen Kreis- und Industriegefängnissen steht man immer wieder Transporte von verhafteten Deutschen, die wie gemeine Verbrecher aneinandergekettet unter außergewöhnlich harter polizeilicher Bewachung durch die Straßen gejagt werden. In den Gefängnissen bietet sich ein Bild des Grauens. Die Tiere sind die verhafteten Deutschen in den engen Zellen, die vor Schmutz und Ungeziefer strotzen, eingesperrt und können sich kaum rühren. Das Essen besteht lediglich in einer dünnen Wasseruppe. Da die Verhafteten in den Zellen nicht anstreben, lösen sich die gefangenen Deutschen — soweit sie nicht verhaftet werden — beim Schlafen ab. Die wehrlosen Deutschen werden nicht nur mit Fausthieben, Fußtritten und Gummistöcken mißhandelt, sondern sogar mit unfairen Methoden nassen Hundstüchern und eisernen Ketten gefesselt. Sie müssen nachsprechen, was ihnen die grausamen Gefängniswärter und Polizisten vorlesen und in Erscheinung auf dem Gefängnishof schmählich auf Deutschland und den Führer anbeugeln. Wer sich nicht fügt, wird auf das schlimmste mißhandelt, gefesselt und auf Treibgasse geworfen, deren Spinnen den armen Opfern ins Fleisch delgen. Diese Methoden sollen die Deutschen geißeln und aus ihnen das herauspressen, was der Staatsanwalt für seine „Anlage“ benötigt.

Grenzübertritt polnischer Soldaten

Wie bekannt wird, haben die polnischen Militärbehörden strengste Maßnahmen gegen die ständig zunehmenden Fälle von Desertion bei der Armee angeordnet.

Nachdem erst vor wenigen Tagen gemeldet wurde, daß zahlreiche Angehörige des polnischen Militärs, größtenteils in voller Ausrüstung, aus dem Ost-Gebiet über die Grenze in das Protektorat Böhmen und Mähren und in die Slowakei geflüchtet sind, kommt jetzt die Nachricht, daß in der Nacht vom 15. zum 16. und vom 16. zum 17. August auch bei Bischofswerder zahlreiche Grenzübertritte polnischer Soldaten erfolgt sind. In der Nacht vom 16. zum 17. August überschritt sogar eine halbe Kompanie eines in Graubrunz stationierten und seit einiger Zeit als Grenzschutzkommando in der Nähe von Bischofswerder eingeteilten polnischen Infanteriebataillons die Grenze.

Die polnischen Soldaten, die zum Teil einen recht vernünftigen Eindruck machten, erklärten, daß sie „kein Konventionelles abgeben“ wollten.